

Brief an AA und EU

Eckhard Reis
Kiebitzweg 24
D-29690 Schwarmstedt
Tel.: 05071 - 4126
e-mail: itvgrenzenlos@web.de

28. September 2013

Europäische Kommission
Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
130, Rue de la Loi
B-1049 Brüssel
Belgien

und

Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Mitglied des Vorstandes eines internationalen Tierschutzvereins und als privater Bürger, der durch seine Steuern die EU und deren Finanzhilfen an dritte Staaten mitfinanziert, wende ich mich an Sie mit der Bitte um Auskunft an Sie.

Das rumänische Parlament hat kürzlich ein Gesetz beschlossen, dass die Tötung aller Streunerhunde ermöglicht. Das rumänische Verfassungsgericht hat das Gesetz nach Anrufung durch einige Parlamentarier am 25. 09.2013 bestätigt. Es kommt schon jetzt auf dieser rechtlichen Grundlage zu einem Blutbad an den Hunden von unvorstellbaren Ausmaßen, insbesondere im Raum Bukarest. In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat die EU-Kommission der rumänischen Regierung und/oder anderen öffentlichen oder privaten Stellen in den Jahren von 2007 bis 2013 Gelder für Tierschutzzwecke, z.B. zur Bekämpfung der Tollwut, für die Kastration von Straßenhunden oder Hunden mit Besitzern oder für den Bau von Tierheimen zur Verfügung gestellt?
2. Wie hoch waren die jährlichen Finanzhilfen zwischen 2007 und 2013 an Rumänien in den einzelnen genannten Bereichen?
3. Wie viel Geld ist der rumänischen Regierung oder anderen öffentlichen oder privaten Stellen seitens der EU von 2007 bis 2013 zur Kastration von Straßenhunden und von Hunden in Privatbesitz zur Verfügung gestellt worden?
4. Wie viele Hunde sind mit dem EU-Geld nachweislich kastriert worden?

5. Hat die EU-Kommission in den Jahren 2007 bis 2013 regelmäßig geprüft, ob die Gelder der EU für Tierschutzmaßnahmen in Rumänien bestimmungsgemäß verwendet worden sind?
6. Welches Ergebnis hat die unter 5. angesprochene Prüfung erbracht?

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Fragen beantworten würden.

Gleichzeitig möchte ich die Europäische Kommission bitten, sich bei der rumänischen Regierung dafür einzusetzen, dass die vorgesehenen Massentötungen nicht stattfinden und die rumänische Regierung mäßigend auf die Bevölkerung einwirkt, um die brutalen und grausamen Ermordungen von Hunden auch durch einzelne aufgeputschte Bürger zu beenden. Das gilt umso mehr, als inzwischen nahezu zweifelsfrei feststeht, dass der kleine Junge, dessen Tod die derzeitige Lage hervorgerufen hat, nicht durch die Hunde getötet worden ist.

Mit freundlichen Grüßen

Eckhard Reis